

St. Goar-Oberwesel für Fusion offen

Verbandsgemeinderat diskutierte Zusammenschluss mit Nachbarn - Alte Kreisgrenze bei Trechtingshausen im Gespräch

Die Kommunal- und Verwaltungsreform ist derzeit in aller Munde. Überall im Rhein-Hunsrück-Kreis werden Diskussionen geführt, wie mögliche Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis entstehen können.

ST. GOAR/OBERWESEL. Aus Sicht des Verbandsgemeinderates St. Goar-Oberwesel sind Fusionen mit der VG Rhein-Nahe oder nach eventueller **Umwandlung der Stadt Boppard in eine Verbandsgemeinde** eine weitere Option.

In seiner jüngsten Sitzung beschäftigte sich der VG-Rat intensiv mit der Thematik, da die CDU-Fraktion einen Antrag auf die Kommunal- und Verwaltungsreform eingereicht hatte. Bis Mitte 2012 sollen sich Verbandsgemeinden mit weniger als 12 000 Einwohnern, worunter auch die VG St. Goar-Oberwesel fällt, freiwillig zusammenschließen.

Nach Ansicht von Bürgermeister Thomas Bungert hat die VG St. Goar-Oberwesel in alle Himmelsrichtungen Fusions-Optionen offen. Seitens der VG Rheinböllen wurden erste Vorgespräche geführt und beiderseitig die Ablehnung klar ausgedrückt. Die Gemeinsamkeiten der VG St. Goar-Oberwesel und der VG Rheinböllen sind nur begrenzt, wie Thomas Bungert bei der jüngsten Ratssitzung wiederholte. Rheinauf oder -abwärts könne er sich eine Fusion aber durchaus vorstellen. Dabei wurde die alte Kreisgrenze bei Trechtingshausen wieder ins Gespräch gebracht. Als Mitgift für eine Hochzeit stellt das Land jeder neuen Sitzgemeinde 150 Euro pro "eingemeindeten" Bürger in Aussicht, was natürlich ein großer Anreiz ist.

Um künftig mit den infrage kommenden Nachbarn zielgerichtete Gespräche in einer überschaubaren Gruppe führen zu können, wurde seitens der CDU-Fraktion beantragt, ein interfraktionelles Gremium zu bilden, was sich in Anlehnung an die Besetzung der Ausschüsse des VG-Rates zusammensetzt.

Die Verwaltung wurde seitens des VG-Rates beauftragt, dem Innenministerium schriftlich zu übermitteln, die Auswirkungen eines möglichen Zusammenschlusses der VG St. Goar-Oberwesel mit ihren südlichen Nachbarn gutachterlich untersuchen zu lassen.

Über die aktuellen Entwicklungen in Sachen Kommunalreform informierte Thomas Bungert, dass die Möglichkeit besteht, über das Ministerium ein kostenloses Gutachten einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu einer möglichen Fusion zu erhalten. Dieses Gutachten soll nach dem Wunsch des VG-Rates nun in Auftrag gegeben werden.

Gleichzeitig wurde der Bürgermeister gebeten, Gespräche mit dem Amtskollegen der VG Rhein-Nahe, den Status quo und die daraus resultierenden Möglichkeiten hinsichtlich einer Kommunal- und Verwaltungsreform zu erörtern. Die CDU-Fraktion stellte den Antrag, auch mit dem Amtskollegen in Boppard Kontakt aufzunehmen - bei tatsächlicher gegebener Bereitschaft der Stadt Boppard, ihren derzeitigen Status als verbandsfreie Stadt zugunsten einer neuen Verbandsgemeinde aufzugeben und sich schriftlich gegenüber dem Innenministerium zu erklären.

Heinz Fischer (SPD) äußerte sich zum Gedanken VG Loreley. "Eine Verbindung über den Rhein sollten wir gedanklich nicht fallen lassen." Für den Erhalt einer bürgernahen Verwaltung plädierte Lydia Weidenbruch (FWVG).

Der VG-Rat beschloss einstimmig, dem Antrag der CDU-Fraktion zuzustimmen. Für das zu bildende interfraktionelle Gremium wurden folgende Vertreter gemeldet: CDU: Rainer Ziermann, Ursula Krick, Christian Stahl und Bruno Schön. FDP: Christof Persch. FWVG: Karl-Josef Perscheid. Die SPD wird die Namen für ihre zwei Sitze nachreichen.

Suzanne Breitbach